

S: Und willkommen zurück! Heute wollen wir etwas über politische Partizipation von Pflegenden erfahren. Und dazu haben wir Tami zu Gast. Hallo.

T: Hallo.

S: Tami, viele fragen sich bestimmt, was ist politische Partizipation oder erst mal was ist überhaupt Politik?

T: Ja, das ist ja erst einmal eine berechtigte Frage. Wir sagen ja im Alltag oft „Das hat die Politik so entschieden.“ oder „Die da oben haben keine Ahnung.“, aber wir denken nicht so häufig darüber nach, welche Prozesse dahinter stehen und wie wir mit der Politik verbunden sind. Also, was ist jetzt Politik? Es gibt viele Definitionen, was Politik ist oder nicht. Als Politik bezeichnet man im Allgemeinen einen Bereich der Gesellschaft, in dem Entscheidungen darüber getroffen werden, wie die Menschen in dieser Gesellschaft zusammenleben wollen.

S: Das klingt aber schon sehr abstrakt.

T: Ja, da hast du recht... Aber was letztendlich bei politischen Entscheidungen herauskommt, sind ja Gesetze und ähnliches. Und die regeln unser Zusammenleben. Politische Entscheidungen beeinflussen unser alltägliches Handeln enorm, auch wenn wir es nicht immer mitbekommen. Das trifft natürlich auch auf unsere Ausbildungswege und Arbeitsbedingungen zu.

S: Okay, dann wissen wir jetzt, was man unter Politik im Allgemeinen versteht. Und wie hängt jetzt politische Partizipation damit zusammen?

T: Also, politische Partizipation ist erst einmal jedes Handeln, das in den politischen Entscheidungsprozess hineinwirkt und ihn beeinflusst. Die bekannteste Form ist wohl die Wahl, aber es geht dabei auch um Demonstrationen oder Petitionen oder die Mitgliedschaft in Vereinen, die irgendwie Einfluss auf politische Akteure und Akteurinnen nehmen und somit die Entscheidungen über das Zusammenleben beeinflussen.“

S: Also, wer politische Partizipation betreibt, sagt der Politik eigentlich, wo's seiner oder ihrer Meinung nach lang gehen soll.

T: Genau. Man kann damit zum Ausdruck bringen, wie man sein Zusammenleben gestalten will.

S: Das klingt ja erst mal ganz einfach, aber es gibt ja schon Anzeichen, dass politische Partizipation sinkt. Die Wahlbeteiligung schwankt ja immer sehr und Parteien haben auch immer weniger Zulauf. Trifft das denn auch auf die Pflege zu?

T: Ja, das trifft leider auch auf die Pflege zu. Im Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe, der DBfK, waren zum Zeitpunkt meiner Forschung nur ca. 10% aller Pflegenden Mitglieder. Obwohl das ja die größte Berufsgruppe im Gesundheitssektor ist.

S: Und woran liegt das? Also, bei Pflege denkt man ja auch nicht unbedingt direkt an Politik.

T: Genau da liegt auch ein Problem. Obwohl Pflege viele betrifft und sich die Politik daher besonders um die Problemlagen der Pflege kümmern sollte, geschieht dies noch viel zu wenig.

S: Und woran liegt das?



T: Das ist ein sehr komplexes Problem. Einerseits ist natürlich Pflege allgemein nicht immer positiv besetzt. Es gibt Skandale in den Medien und Berichte über den Pflegenotstand. Da braucht es schon viel, um sich als Politiker oder Politikerin an so einen, ja, Problemfall heranzuwagen. Andererseits gibt es in der Berufsgruppe wenige, die sich politisch für ihren Beruf engagieren. Was ja auch verständlich ist, denn wer eine Pflegeausbildung macht, will damit nicht direkt in die Politik gehen. Es scheint also eine Distanz zwischen den Bereichen Pflege und Politik zu geben.

S: Genau mit dieser Distanz beschäftigte sich ja dein Forschungsprojekt, indem du Pflegende interviewt hast, die sich politisch engagieren, und Pflegende, die sich lieber nicht an die Politik herantrauen. Hast du denn herausgefunden, wie sich diese Distanz überwinden lassen kann?

T: Also, wenn ich das wüsste! In den Interviews meines Forschungsprojekts habe ich herausgefunden, dass Pflegende, die sich politisch engagieren ganz andere Kompetenzen haben, als Pflegende, die es nicht tun. Wenn man politisch partizipiert, lernt man unheimlich viel über politische Entscheidungsprozesse. Worauf muss ich achten? Wie werden Gesetze verabschiedet? An wen muss ich mich wenden? Andererseits wissen diese Pflegenden auch, wie sie die Problemlagen der Pflege in politische Forderungen umwandeln können.

S: Aber man muss ja auch erst mal auf die Idee kommen, Probleme über die Politik zu lösen.

T: Genau. Die politisch engagierten Pflegenden erkennen, dass sie ihre Probleme im Berufsalltag über politische Entscheidungen lösen müssen und das betrifft dann auch einen weiteren Bereich als die eigene Einrichtung, in der man tätig ist. Außerdem können sie ihre Beschwerden in konstruktive Lösungsvorschläge und Forderungen umwandeln. Dies hat aber wiederum auch etwas damit zu tun, dass sie überhaupt wissen, welche Forderungen unter welchen Umständen gestellt werden können.

S: Also kann man eigentlich sagen, dass politisch engagierte Pflegende mehr Erfahrung mit Politik haben und daher auch mehr darüber wissen, wie sie sich engagieren können.

T: Genau. Und das ist eben ein großer Unterschied zu den Pflegenden, die sich nicht politisch engagieren.

S: Und was ist jetzt mit diesen Pflegenden? Ich meine, es hat ja auch nicht jeder Zeit und Lust, sich in so einem Maße zu engagieren.

T: Das stimmt natürlich. Und es ist ja auch so, dass z.B. die Mitgliedschaft im DBfK was kostet. Das mindeste, was sich politisch engagierte Pflegende von ihren Kollegen und Kolleginnen wünschen würden, ist ein Interesse an ihrer Arbeit und an den politischen Prozessen um ihren Berufsalltag herum. Die Internetseiten des DBfK und anderer Interessenvertretungen sind ja jedem zugänglich und man kann sich informieren, welche Forderungen gerade aktuell sind und was dahinter steht. Und wer allgemein einen Überblick über Politik braucht, kann sich auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung umgucken.



S: Also sollten sich Pflegende häufiger politisch weiterbilden?

T: Ja. Es herrscht auch oft die Vorstellung, dass Gesetze vom Himmel fallen. Nein, sie werden an bestimmten Orten von bestimmten Personen getroffen und ehrenamtlich engagierte Pflegende sprechen eben mit diesen Personen.

S: Aber du meinst ja vorhin auch, dass sich die Politik nicht an das Problemthema Pflege rantraut.

T: Ja, natürlich. Nicht nur Pflegende brauchen mehr Informationen über Politik, auch Politik braucht mehr Informationen über Pflegende. Ansonsten können sie gar keine Entscheidungen treffen, die Pflegenden wirklich helfen. Und es geht hier ja nicht nur um die Lösung von Problemen. Es geht ja auch um eine neue Anerkennung der Pflegeberufe und vor allem auch um ein neues Selbstbewusstsein und ein neue Solidarität innerhalb der Berufsgruppe.

S: Okay, wie meinst du das?

T: Die Pflegenden sind ja, wie gesagt, die größte Berufsgruppe im Gesundheitssektor und wenn diese Gruppe geschlossen auftreten würde und mit ihren Vertretern und Vertreterinnen sprechen und sie unterstützen würden, dann hätte man ein ganz neues Potenzial an politischer Partizipation.

S: Aber man braucht ja schon viel Zeit, um sich in den politischen Bereich des Berufsalltags hinein zu fuchsen. Und wenn man dann noch merkt, dass sich vieles nicht so schnell ändert, wie man es möchte, frustriert das bestimmt.

T: Ja, auch die politisch engagierten Pflegenden, die ich interviewt habe, sprachen immer von einem „langen Atem“. Aber wenn man sich mit Berufspolitik befasst, dann merkt man eben auch, wie sich die Dinge verändern und kann nebenbei auch noch politische und kommunikative Kompetenzen aufbauen, die auch in anderen Bereichen hilfreich sind. Und wer politisch engagierte Pflegende unterstützen will, kann sich auf den Seiten des DBfK informieren, wo es Gruppen gibt, die man unterstützen kann und auf den Seiten des Deutschen Pflegerats gibt es auch eine Liste vieler Interessenvertretungen, wo man sich aussuchen kann, an welcher Stelle man eben Personen, die schon politisch engagiert sind, mit seinem eigenen Engagement unterstützen kann.

S: Politische Partizipation von Pflegenden ist also ein ziemlich komplexes Thema, aber wir hoffen, dass wir es euch ein wenig näher bringen konnten. Jeder kann in irgendeiner Weise an politischen Entscheidungen teilnehmen und Politik geht uns im Endeffekt alle was an. Zwischen Politik und Pflege gibt es zwar noch eine Distanz, aber mit Solidarität und Selbstbewusstsein können Pflegende gemeinsam diese Distanz schließen und für sich bessere Arbeitsbedingungen einfordern. Vielen Dank an Tami für das Interview und bis zum nächsten Mal.

